

NSA Nun wird ermittelt

Die Staatsanwaltschaft Köln hat wegen des mutmaßlichen Cyberangriffs auf die Hürther Firma Stellar ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Es geht um den Verdacht des „Ausspähens von Daten“, heißt es. Anlass ist ein SPIEGEL-Bericht von vergangener Woche, dem zufolge die NSA und das britische GCHQ „Zugangspunkte“ in den Netzwerken des Teleport-Betreibers Stellar sowie in denen von vier weiteren deutschen Unternehmen besitzen, darunter die Telekom und Netcologne. Man habe nach der Berichterstattung von Amts wegen ein Ermittlungsverfahren gegen unbekannt eingeleitet, bestätigt Daniel Vollmert von der Wirtschaftskammer bei der Staatsanwaltschaft Köln. Die ermittelt derzeit aber nur im Fall der Hürther Firma, Telekom und Netcologne hätten bei der Prüfung ihrer Systeme nach eigenen Angaben keine Auffälligkeiten entdeckt. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und der Verfassungsschutz nahmen Kontakt zu betroffenen Unternehmen auf und boten Unterstützung bei der Suche nach Spionagewerkzeugen an. mbs, rom

Russland Tanz nach Putins Pfeife

Das Auswärtige Amt zeichnet in einer Analyse ein düsteres Bild der politischen Lage in Russland. Das Land habe sich „unter Staatspräsident Putin zu einem fast in jeder Hinsicht autoritären Staat entwickelt“, schreiben die Beamten in einer internen Analyse: „Die Staatsduma tanzt nach Putins Pfeife, und die Justiz produziert dem Kreml genehme Urteile.“ Große Teile der Mittelschicht und der Eliten trügen die Zustände mit, weil sie „wirtschaftlich vom existierenden System profitieren bzw. abhängig sind“. Korruption sei



„Teil des Systems und wird nur selektiv bekämpft“, heißt es in dem Papier. Wegen der anhaltenden Spannungen mit Russland erklärten zudem Unionsfraktionsvize Andreas Schockenhoff und die Grünen-Außenpolitikerin Marilouise Beck, sie würden nicht zur Ende Oktober im russischen Sotschi stattfindenden Sitzung des Diskussionsforums Petersburger Dialog reisen. „Nach all den offenen Täuschungen und versteckten Drohungen der russischen Führung halte ich es nicht für

angemessen, ... zum business as usual überzugehen“, heißt es in einem Brief Becks an den Vorsitzenden des deutschen Lenkungsausschusses des Forums, Lothar de Maizière. Schockenhoff sagte, „wir würden die Idee des Petersburger Dialogs verraten, wenn wir uns unter diesen Umständen treffen“. Die in der Vergangenheit jährlich stattfindende Veranstaltung war vom damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder und Russlands Präsident Wladimir Putin als Forum zum gesellschaftlichen Austausch ins Leben gerufen worden. gor, ran

Kriminalität Zoll beschwert sich

Im Kampf gegen den organisierten Zigarettenmuggel sieht sich die Hamburger

Zollfahndung behindert. Die „restriktive Haltung der Staatsanwaltschaft Hamburg in Bezug auf Strukturermittlungen und Telekommunikationsüberwachung“ erschwere trotz steigender Steuerausfälle in diesem Bereich die Strafverfolgung, heißt es in einem internen Lagebild des Zolls. Besonders bei Ermittlungen gegen Tatverdächtige im Ausland seien die Hamburger Staatsanwälte zögerlich. Das habe zur Folge, dass „höherwertige Verfahren, die zur Ermittlung von Täterstrukturen führen könnten“, nicht mit der nötigen Intensität geführt würden. Erfolge in diesem Bereich hätten die Hamburger Zöllner nur deshalb erzielen können, weil andere Staatsanwaltschaften mit einer „extensiveren Haltung“ notwendige Maßnahmen ermöglichten. aul



Bundespräsident Gauck hofft auf zweite Amtszeit

Bundespräsident Joachim Gauck will eine zweite Amtszeit. Lediglich gesundheitliche Vorbehalte hindern ihn derzeit daran, sich endgültig festzulegen. Gaucks erste Amtszeit ist zur Hälfte abgelaufen, die nächste Wahl findet in rund zweieinhalb Jahren statt. Allerdings hat der Bundespräsident mitunter Probleme beim Gehen, auch langes Stehen bei Staatsempfängen ist ihm zuletzt nicht immer leichtgefallen. Zu Beginn seiner zweiten Amtszeit 2017

wäre Gauck 77 Jahre alt und damit älter als die früheren Präsidenten Theodor Heuss, Heinrich Lübke und Richard von Weizsäcker am Ende ihrer Präsidentschaft. Dessen ungeachtet hatten sich bereits im Mai Politiker verschiedener Parteien für Gaucks Wiederwahl als Staatsoberhaupt für weitere fünf Jahre starkgemacht. Laut einer vergangene Woche veröffentlichten Umfrage wünscht sich das auch gut die Hälfte der Deutschen. red